

Die Partei der modernen Mitte

Wir stehen vor der Aufgabe, am Beginn eines Jahrzehnts, in dem wir Zeugen dramatischer Veränderungen sein werden, uns aus unserer Identität und unseren Werten heraus für eine neue Zeit neu zu begründen und neu zu legitimieren. Ein Essay.

Von Norbert Röttgen

Ich möchte als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erreichen, dass die CDU in dem vor uns liegenden Jahrzehnt die treibende, prägende politische Kraft Deutschlands bleibt. Um zu wissen, wohin die CDU will, lohnt es sich zu vergegenwärtigen, woher sie kommt. Das Einzigartige an der Gründung der CDU besteht darin, dass sie der Erfahrung der vollständigen Katastrophe des Landes infolge des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs entsprungen ist. So radikal wie die Katastrophe war die Konsequenz für die CDU als Partei: ein radikaler Neuanfang.

Auf den vier Pfeilern, auf denen damals die Neugründung gebaut wurde, ruht die CDU auch heute noch und wird es auch in Zukunft: dem christlichen Verständnis des Menschen, in dem die Christen aller Konfessionen vereint sind, der Gestaltung der Gesellschaft und Wirtschaft nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, der europäischen Integration als Friedensprojekt und der transatlantischen Partnerschaft als Sicherheitsallianz.

Unsere Identität steht, wir müssen uns nicht neu erfinden. Trotzdem steht für uns alles in Frage, weil sich der historische Kontext, auf den die Neugründung der CDU die zukunftsweisende Antwort war, komplett verändert hat. Wir leben in einem Epochenwandel. Der große Zyklus der Nachkriegsepoche ist vorbei – meiner Meinung nach nicht mit 1989/90, sondern rund 25 Jahre später. Seit Russland mit der Annexion der Krim und der militärischen Destabilisierung der Ostukraine die europäische Friedensordnung beendete, erleben wir ein aggressives Russland, ein machtbewusstes, herausforderndes China, die Vereinigten Staaten auf dem Rückzug und die EU zerbrechlich.

Klimawandel, Armuts- und Konfliktmigration sowie die Revolution der Digitalisierung bilden die parallelen Megatrends. Und jetzt auch noch die Pandemie. Nichts von alledem hat in Deutschland begonnen, aber alles kommt zu uns, erschüttert unsere Gesellschaft im Innern und stellt die Erfolgsbedingungen der letzten 70 Jahre in Frage: innere Stabilität, verlässliche, kontinuierliche Wohlstandsentwicklung, kooperative internationale Beziehungen.

In dieser Erschütterungsphase und Periode der Neuausrichtung der Verhältnisse ist die CDU – zusammen mit der CSU – Deutschland als einzige Volkspartei verblieben, und die Union aus CDU und CSU ist die einzige politische Kraft, die gegenwärtig deutlich über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen kann. Dass die Union diese Anziehungskraft bewahrt, ist weit mehr als ein parteipolitisches Interesse.

Es ist unsere staatspolitische Verantwortung, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass es mit uns als CDU noch eine Partei gibt, die groß genug ist, um nicht auf die Vertretung partikularer Interessen angewiesen zu sein, die stark genug ist, über das große Bild, die Gesamtverantwortung Deutschlands mit der Bevölkerung zu sprechen. Dasselbe gilt für die Fähigkeit der CDU, eine sich immer weiter ausdifferenzierende, immer stärker auf die Verfolgung ganz individueller Lebensentwürfe gerichtete Gesellschaft trotzdem zusammenzuhalten, zu integrieren und in politischen Zielen zu einen.

Der Epochenbruch, mit dem wir es zu tun haben, führt dazu, dass wir als CDU diese Fähigkeit nicht gleichsam als Erbmasse mit uns herumtragen. Wir stehen vielmehr vor der Aufgabe, am Beginn eines Jahrzehnts, in dem wir Zeugen dramatischer Veränderungen sein werden, uns aus unserer Identität und unseren Werten heraus für eine neue Zeit neu zu begründen und neu zu legitimieren. Dies wird uns gelingen, indem wir auf die Veränderungen mit einem inhaltlichen Gestaltungswillen antworten.

Dies erstreckt sich auf die Art, wie wir anders und neu als Partei der modernen Mitte arbeiten und worin die Antworten der Politik der modernen Mitte konkret bestehen.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen wir als Erstes an uns selbst arbeiten. Die CDU ist modernisierungsbedürftig. An dieser Realität führt kein Weg vorbei, wenn wir auch in Zukunft Volkspartei und gestaltende Kraft Deutschlands bleiben wollen. Als Volkspartei müssen wir bereit und in der Lage sein, dem Querschnitt der Gesellschaft eine politische Heimat zu bieten. Dieser Querschnitt sieht heute anders aus als noch vor 20 oder gar 40 Jahren. Wir müssen Stadt und Land, Jung und Alt, Frau und Mann widerspiegeln. Eine CDU, die in Groß- und Unistädten von den Grünen verdrängt wird, wird mittel- bis langfristig auch auf dem Land verlieren. Wir müssen erkennen, dass im Jahre 2020 eine in der Breite von Männern geprägte Partei nur noch beschränkte Anziehungskraft hat. Unser Ziel muss daher sein, paritätisch zu werden in der Repräsentation zwischen Frauen und Männern in der Partei. Frauen machen über 50 Prozent unserer Gesellschaft aus. Aber in allen relevanten Bereichen der Partei – bei den Mitgliedern, auf Parteitag, in den Parteivorständen und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – entspricht ihr Anteil nicht annähernd dem gesellschaftlichen Anteil der Frauen in Deutschland.

Repräsentanz ist das eine: Frauen wollen sehen, dass sie mit ihren Themen bei uns vertreten sind und eine gleichwertige Rolle in der CDU einnehmen. Strukturen und Kultur sind das andere: Wir dürfen nicht glauben, dass es mit einer Quote getan wäre. Wir müssen unsere eigenen Strukturen dahin gehend anpassen, dass es vor allem erziehenden Müttern erleichtert wird, auf allen Parteiebenen an Gremiensitzungen teilzunehmen, ohne sich zwischen Beruf, Familie und Engagement aufzureiben oder gar entscheiden zu müssen. Wir müssen ihre Themen ernst nehmen und eine innerparteiliche Kultur schaffen, in der Frauen gerne mitwirken wollen.

Wir müssen als Partei auch wieder jünger werden. Kein junger Mensch möchte stundenlang auf Parteitag sitzen, auf denen wenig über Politik gesprochen, aber viel geklatscht wird. Unsere Parteitage, die eigentlich Ausdruck des Politischen sein sollten, auf denen diskutiert und, ja, auch gestritten werden sollte, sind zu oft vor allem Abstimm- und Wahlveranstaltungen. Junge Leute müssen Lust darauf haben, Politik zu machen. Sie werden politisch, weil sie für Themen brennen, weil sie etwas verändern wollen und Teil des Prozesses sein möchten, der zu diesen Veränderungen führt. Damit sie das bei uns finden, müssen wir Politik zurück in die Partei bringen. Wir müssen uns entritualisieren und wieder öffnen für politischen Diskurs, Auseinandersetzungen um Themen und inhaltlichen Wettbewerb.

Dazu gehört eine politische Kommunikation, die auf Offenheit, Transparenz und Argumente setzt. Diese Art von Kommunikation haben wir während der Corona-Krise erlebt. Sie hat uns viel Vertrauen zurückgewonnen, das in vorherigen Krisen verlorengegangen ist. Von dieser Art, offen und klar mit der Bevölkerung zu kommunizieren, Risiken anzusprechen und die Notwendigkeit von Maßnahmen zu erklären, brauchen wir mehr. Zu Beginn der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass die Beteiligung von Expertise aus der Wissenschaft für die Glaubwürdigkeit, Verständlichkeit und Wirksamkeit von Maßnahmen von großer Bedeutung ist. Die enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft sollten wir uns als CDU zu eigen machen und auch auf andere Bereiche übertragen – wir können dabei nur gewinnen. Die Menschen haben während der Corona-Krise gesehen, dass man sich auf die CDU verlassen kann, wenn es ernst wird. Niemand ruft in der Notlage nach der AfD, denn niemand traut ihr zu, Lösungen zu liefern. Diese Krisenkompetenz und das damit verbundene neue Vertrauen müssen wir bewahren und darauf weiter aufbauen.

Bei allen zeitgeschichtlichen Umbrüchen muss der Blick der CDU immer als Erstes auf den Einzelnen und besonders auf die Einzelnen, die vergessen zu werden drohen, gerichtet sein. Deshalb tragen wir das „C“ im Namen. Dieser Blick ergibt heute ein ganz anderes Bild als in früheren Zeiten. Gab es jemals eine Zeit in unserem Land, in der mehr Menschen einsam waren? Gab es jemals mehr Menschen, die überfordert sind mit der gleichzeitigen Pflegebedürftigkeit ihrer Eltern, der Erziehung ihrer Kinder, den sich beschleunigenden Leistungserwartungen im Beruf und dem Wunsch, gesellschaftlich aktiv zu

sein? Nur wenn die CDU zeigt, dass sie sich wirklich für das Leben der Einzelnen interessiert und sich einsetzt, zum Beispiel für weitere Verbesserungen zur Vereinbarung von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement, können wir erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger uns zuhören, wenn wir über die neue Verantwortung Deutschlands in der Welt mit ihnen sprechen müssen. Die Lebenswirklichkeiten vieler Einzelner in der Breite der Gesellschaft wird die CDU nicht aufspüren und abbilden können, wenn sie nicht mit der Zeit geht.

Wenn wir im christlichen Sinne auf den Einzelnen schauen, dann muss der Blick über unseren Tellerrand hinausgehen. Papst Franziskus hat uns mit seiner jüngsten Enzyklika daran erinnert. Die Menschenwürde gilt universell, für jeden Menschen, auch den ganz weit entfernten und den noch nicht geborenen. Daraus folgt keine konkrete Politik, etwa eine konkrete Flüchtlingspolitik oder Klimapolitik, aber es folgt daraus eine Haltung: Niemals dürfen wir uns einschüchtern lassen, für Nächstenliebe auch global einzutreten. Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Extremismus jedweder Art treffen auf unseren kompromisslosen Widerstand. Das Wohl zukünftiger Generationen ist uns nicht weniger wert als das Hier und Jetzt.

Die CDU muss die wirtschaftliche Modernisierung unseres Landes in das Zentrum stellen. Wenn wir uns auf unseren bisherigen Erfolgen ausruhen, wird die wirtschaftliche Basis erodieren und mit ihr die soziale Verantwortung im Innern und die internationale Verantwortung nach außen. Unsere Wirtschaft befindet sich im Zangengriff. Auf der einen Seite haben wir in manchen Bereichen der modernen Technologien den Anschluss verpasst, und bei der Digitalisierung des Landes hängen wir schon im europäischen Vergleich weit zurück. Auf der anderen Seite haben wir eine kaum noch administrierbare und frustrierende Regulierungsmasse und Bürokratielast. Viele dieser Baustellen haben schon vor Corona bestanden. In der Krise wurden sie für jeden ersichtlich. Das bietet aber die Chance, es im Zuge des coronabedingten Neustarts der Wirtschaft besser zu machen. Deutschland braucht einen massiven Technologie- und Modernisierungsschub. Das kann der Staat nicht allein leisten. Er ist dafür auf die Unterstützung der Wirtschaft angewiesen.

Dazu passt es nicht, unsere Unternehmerinnen und Unternehmer mit noch mehr Abgaben zu belasten. Eine Steuererhöhung wäre jetzt Gift. Schon darüber nachzudenken, in den kommenden Jahren die Steuern zu erhöhen, ist schädlich, denn es erzeugt Unsicherheit. Unsicherheit ist jedoch das Gegenteil dessen, was Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen, um zu investieren. Ich plädiere dafür, die Chance des Neustarts zu nutzen, um den Mittelstand zu entlasten, Freiräume zu schaffen und Bürokratie abzubauen. Dafür würde ich als Vorsitzender der CDU Deutschlands eintreten. Deutschland hat alles, um auch im Zeitalter der Technologie global führend zu sein. Unser größtes Kapital sind die Menschen, die in diesem Land leben und arbeiten. Unsere Wissenschaftler und Ingenieure sind im internationalen Vergleich exzellent ausgebildet und im Ausland begehrt. Was wir mehr brauchen, um auch in der Praxis noch erfolgreicher zu sein, ist die dazugehörige Unternehmenskultur. Mut und Unternehmergeist waren Grundlage für die Gründung der vielen mittelständischen Unternehmen, die heute das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ausmachen und die für „made in Germany“ stehen.

Diese Kultur ist in die Defensive geraten. Immer mehr Menschen ziehen die Sicherheit der festen Anstellung einer Firmen-Neugründung vor. Die CDU sollte sich dafür einsetzen, dass wir in Deutschland zu einer mutigen und risikobereiteren Unternehmenskultur zurückfinden. Die Begeisterung dafür, etwas Eigenes zu schaffen, sich auszuprobieren und große Freiheit zu genießen, gilt es schon in der Schule zu wecken. Auch Scheitern gehört dazu. Daran ist nichts verwerflich. Im Gegenteil: Im Scheitern liegt die Chance, dazuzulernen, sich weiterzuentwickeln. Damit uns das gelingt, müssen die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland, die genau dies jeden Tag leben, viel sichtbarer werden. Aber auch die Rahmenbedingungen müssen sich ändern, vor allem um Deutschland als Standort für Start-ups noch attraktiver zu machen und diese langfristig hier zu halten. Dafür müssen Mitarbeiterkapitalbeteiligungen einfacher und die Verfügbarkeit von Risikokapital besser werden.

Hierbei kann der Staat helfen, aber ohne Privatinvestoren wird es nicht gehen. Um die Summen zu generieren, die wir brauchen, muss es möglich sein, Risikokapital besser steuerlich abzusetzen. Der skizzierte Neustart ist keine einfache Aufgabe. Aber kaum etwas ist wichtiger für die Zukunft unseres Landes. Die CDU sollte einen gesamtgesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Kraftakt initiieren, der an den erfolgreichen Aufbau Ost anknüpft, dieses Mal aber für ganz Deutschland: Deutschland Digital 2025 muss das Ziel eines Bündnisses von Unternehmen, Gewerkschaften, Universitäten, Schulen und von Bund, Ländern und Gemeinden sein – die grundlegende und umfassende digitale Modernisierung Deutschlands.

Klimapolitische Glaubwürdigkeit, wirtschaftspolitische Vernunft

Die CDU muss ihre einzigartige Chance nutzen, klimapolitische Glaubwürdigkeit und wirtschaftspolitische Vernunft miteinander zu verbinden. Ohne Selbstkritik wird das nicht gelingen. Wir müssen zugeben, die Klimapolitik jahrelang schleifengelassen zu haben. Wir dürfen Klimapolitik nicht nur dann machen, wenn sie Konjunktur hat oder wenn der öffentliche Meinungsdruck uns dazu zwingt. Ein taktisches Verhältnis reicht eben nicht, um glaubwürdig zu sein. Ohne ökologische Kompetenz hat die CDU keine umfassende Zukunftskompetenz, und das ist es, womit wir führen müssen. Ohne die Gewinnung klimapolitischer Glaubwürdigkeit wird uns die junge Generation als ernsthaften Gesprächspartner abschreiben.

Unsere Chance liegt selbstverständlich nicht darin, die Partei Die Grünen in der nahezu beliebigen Steigerung von Zielen und Wünschen zu übertreffen zu versuchen. Unser Ansatz muss sein, den konkreten Fortschritt zu erreichen. Das setzt voraus, dass wir Klima- und Wirtschaftspolitik nicht als Antagonismen sehen, sondern sie im Ziel der Nachhaltigkeit verschmelzen. Den Klima- und Umweltschutz in die Marktwirtschaft so zu integrieren wie das Soziale wird nur gelingen, wenn gewaltige Summen privaten Anlagekapitals für diese Transformation gewonnen werden. Investitionen brauchen Berechenbarkeit, Verlässlichkeit – Vertrauen.

Der Schlüssel liegt also in ambitionierten und verlässlichen Zielen, die mit berechenbaren Schritten erreicht werden. Wir haben verstanden, dass Deutschland und Europa eine wichtige Vorbildfunktion haben. Es liegt an uns zu zeigen, dass die notwendige Transformation gelingen kann. Nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft und auf Basis moderner Technologien. Deutschland hat die besten Voraussetzungen, um Vorreiter im Bereich der Klimatechnologien zu werden und zur Marke „made in Germany“ das Attribut „nachhaltig“ hinzuzufügen. Diese Chance sollten wir ergreifen. Aber wir Europäer werden den Klimawandel nicht allein stoppen, denn global nehmen die CO₂-Emissionen immer noch weiter zu. Der Anteil Chinas liegt allein bei 27 Prozent. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir national und europäisch eine Klimaaußenpolitik entwickeln und sie als Teil der europäischen Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik viel stärker forcieren.

Die CDU muss die deutsche Europapartei bleiben in dem vor uns liegenden Jahrzehnt, in dem es angesichts der Rückkehr von Großmächtepolitik um nicht weniger als die Selbstbehauptung Europas gehen wird. Dies erfordert eine Ausrichtung der deutschen Europapolitik, die in zwei Richtungen geht. Die eine zeigt nach innen und besteht darin, den Zusammenhalt einer fragil gewordenen Union zu festigen. Der europäische Wiederaufbaufonds belegt die Dimension dieser Aufgabe. Hier gilt es aber auch, die Grenzen und Unterschiede aufzuzeigen. Wenn der Kanzlerkandidat der SPD diese erstmalige und einmalige Schuldenaufnahme der Europäischen Union, um europäische Solidarität zu finanzieren, im Nachhinein als Gründungsakt der EU auf dem Weg zur Staatswerdung uminterpretiert, dann zeigt das ein Verständnis von Deutschland und Europa, das in der CDU nicht geteilt wird.

Der deutsche Beitrag ist weiterhin entscheidend dafür, dass Europa beginnt, gemeinsam seine Interessen nach außen wahrzunehmen und handlungsfähig zu werden. Doch eine europäische Außenpolitik der 27 Mitgliedstaaten erscheint absehbar unrealistisch. Sie ist aber existentiell notwendig. Ich plädiere für einen pragmatischen Ansatz, um diesem Dilemma zu entkommen. Deutschland sollte zusammen mit anderen Staaten – Frankreich, Polen, aber auch Großbritannien und

offen für alle – vorangehen und auf der Basis gemeinsamer Regierungspolitik eine außenpolitische Agenda aufsetzen und bearbeiten. Wir können es uns nicht leisten, Jahre mit fruchtlosen Diskussionen über institutionelle Reformen zu verlieren, wenn sich die Welt immer schneller verändert und andere Staaten gegen unsere Interessen Fakten schaffen.

Was sollten wir antworten, wenn ein möglicher neuer US-Präsident Joe Biden Deutschland und Europa zu „partnership in leadership“ einladen würde, wie es bereits Präsident George Bush d.Ä. getan hatte? Wären wir vorbereitet auf eine transatlantische Arbeitsteilung zwischen dem Indo-Pazifik als primärer Orientierung der amerikanischen und Europa samt seiner östlichen und südlichen Nachbarschaft als Schwerpunkt europäischer Außenpolitik? Wir sind es nicht. Aber die CDU sollte das außenpolitische Ziel verfolgen, als europäischer Teil eine neue substantielle transatlantische Partnerschaft zu begründen. Es wird keine einseitige Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa mehr geben, wie sie im Kalten Krieg war. Die Vereinigten Staaten brauchen uns als echte Partner. Und für uns bleiben die Vereinigten Staaten ein unverzichtbarer und nicht ersetzbarer Partner.

China wird in diesem Jahrzehnt für Europa und den Westen insgesamt die umfassende und bestimmende Herausforderung sein. Dies liegt vor allem an der strategischen Disziplin, der Größe und dem beeindruckenden technologischen Fortschritt des Landes sowie an der neuen Machtpolitik Chinas nach innen und nach außen unter Präsident Xi Jinping. Die Außenpolitik der CDU sollte eine faire Beziehung zu China auf Augenhöhe anstreben. Dieses Ziel lässt sich nur aus einer Position der Stärke verfolgen, mit Schwachen geht China nicht sehr rücksichtsvoll um. Unsere Stärke muss zunächst Einigkeit sein. Darum sollte Deutschland seinen entscheidenden Beitrag für eine europäische China-Strategie erbringen. Unsere Stärke besteht moralisch in der Achtung der Menschenrechte und dem Einsatz für sie. Unsere Stärke bedarf weiterhin einer technologisch-industriellen Wettbewerbsfähigkeit, ohne die wir das Interesse Chinas an uns verlieren.

Die CDU, ihre Führung und ihr Vorsitzender müssen die bestehenden Herausforderungen sehen und der Versuchung widerstehen, ihnen auszuweichen, weil alles gleichzeitig eine so schwere Last bildet. Wir müssen als Partei und Parteiführung vielmehr wieder die Faszination des Politischen erwecken. Es liegt doch an uns, diese Entwicklungen zu gestalten. Es gibt keinen Automatismus. Wir müssen dafür aber auch bereit sein, Risiken einzugehen. Wir dürfen zugeben, dass wir mehr Fragen als Antworten haben. Wir sollten den Mut haben, Diskussionen auch dann zu führen, wenn ihre Ergebnisse nicht schon von Anfang an feststehen, sondern sie gesucht werden und wir um sie ringen müssen. Wir sollten uns öffnen gegenüber der Gesellschaft und der großartigen Kompetenz und Expertise, über die viele einzelne Menschen sowie Organisationen und Institutionen verfügen. Die Probleme sind zu komplex geworden, als dass wir sie nur im eigenen Saft schmorend lösen könnten. Eine moderne Partei muss heute wie ein Kommunikationsknoten agieren, in dem die Vernetzung mit unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung zusammenläuft.

Es war eine ganz andere Zeit, als die Gründer der CDU angetrieben waren, es dieses Mal besser zu machen. Sie wussten: Ohne Mut ist nichts zu gewinnen. Wie viel leichter haben wir es heute, verglichen mit der Generation meiner Großeltern. Wir müssen keinen Krieg aufarbeiten. Wir dürfen die Zukunft gestalten.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Oktober 2020](#)